

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 3 Pfennig Beleggeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handels-) i. V.: K. W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [Anwärter 20 Pf.] · Nr 278 · A 142

DIENSTAG, 16. JUNI 1931

MORGEN-AUSGABE · V

Gruste Stunden

Scharfer Gegensatz zwischen Kanzler und Sozialdemokraten Nächtliche Beratungen bei Brüning

In der Reichstagskammer waren in den Nachmittagsstunden neben allen Mitgliedern des Reichskabinetts, neben dem preussischen Ministerpräsidenten Braun, dem Innenminister Seeger und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Kaizer die führenden Abgeordneten jener Fraktionen und Gruppen versammelt, die zwar keine parlamentarische Regierungsmehrheit bilden, aber doch bisher dafür gestimmt haben, daß die Regierung Brüning im Reichstag stets eine Mehrheit zur Verfügung hätte.

Es waren einige Dutzend hervorragender politischer Persönlichkeiten, die sich auf die Einladung des Reichstagsrates zusammengefunden hatten. Diese Konferenz am Vorabend des 16. Juni, auf den der Reichstag erneut zusammenberufen worden ist, konnte nur einen Zweck haben: dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, unmittelbar vor der Entscheidung über die vorzeitige Einberufung des Reichstages den Fraktionsführern noch einmal Bedeutung und Konsequenzen ihres Entschlusses vor Augen zu führen.

Ueber den Verlauf der Besprechung wird ein amtliches Communiqué ausgegeben, in dem es u. a. heißt:

Reichskanzler Dr. Brüning betonte mit Nachdruck, daß die Reichsregierung an alle getretenen politischen Gruppen des Reichstages den väterlichen Rat zu geben hätte, in der heutigen Kammersitzung den Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstages abzulehnen.

In eingehender vertraulicher Besprechung wurden alle Gründe, die für Reichsregierung und Reichsbankpräsident entscheidend sind, vorgelegt und erörtert. Beschlüsse wurden naturgemäß nicht gefaßt. Die Fraktionsvorsitzende übernahmen es, die amtlichen Verhandlungen zur Kenntnis ihrer Fraktionen zu bringen.

Der erste von dieser amtlichen Mitteilung deutet bereits darauf hin, daß eine Entscheidung der Lage eingetreten ist. Obwohl eine Entscheidung weder nach der einen noch der anderen Seite vorliegt, haben sich in der Besprechung mit den sozialdemokratischen Führern, die sich unmittelbar an die große gemeinsame Besprechung mit den Reichstagsführern angeschlossen, neue Schwierigkeiten ergeben. Der Kanzler betonte auch den Sozialdemokraten gegenüber, daß eine Forderung der Reichsregierung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich sei. Er sagte jedoch ausdrücklich zu, daß er im Oktober, nach Einberufung des Reichstages, einer Forderung der Reichsregierung zustimmen würde, wenn das dazu notwendige Kompromiß im Reichstag eine Mehrheit finde, und das finanzielle Ergebnis der künftigen Reichsregierung nicht geschädigt würde.

Die sozialdemokratischen Führer erklärten sich gegen diese Forderung nicht bedingungsweise, Abgeordneter Bels gab der Meinung Ausdruck, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion insbesondere Wert darauf lege, daß noch vor dem Juli Wahlen für den Reichstag abgehalten werden. Die Stimmung der Reichstagsfraktion sei so, daß, wenn die Fraktionsabgeordneten mit deren Forderung von der Ausrede mit dem Kanzler zurückzuführen, die Fraktion sich für die sofortige Einberufung des Reichstages ausdrückte.

Man ist sich zwar in sozialdemokratischen Kreisen völlig klar über die Richtung der Forderung nach Einberufung des Reichstages. Trotzdem glaubt man an den Antritt der Reichsregierung in der gegenwärtigen Form von den Wählern nicht verantwortlich zu können. Nicht zuletzt ist für die Forderung auch die Meinung der Gewerkschaften von Einfluß, deren Befürwortung mit dem Kanzler — es waren alle gewerkschaftlichen Richtungen vertreten — auf einen sehr engen Ton gestimmt war.

Es ist im Reaktionsstadium noch nicht zu übersehen, ob die Auflösung, der der Abg. Bels in der Besprechung mit dem Kanzler Ausdruck gab, ihn in den Reihen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durchsetzen wird. Denn am Mittwoch sind die Führer der Sozialdemokratie noch einmal von dem Kanzler empfangen worden. In diesen Besprechungen ist der Verlauf geschildert worden, einen Auszug aus der durch die Forderung der Sozialdemokratischen Partei zu finden. Auch der Führer der Deutschen Arbeiterpartei, Dr. Dingeldey, hat nach einmal eine Besprechung mit dem Kanzler gehabt, die bemerken Ziele galt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß unter den veränderten Verhältnissen die geltend erörterte Möglichkeit an Bedeutung gewinnt, daß auch heute eine endgültige Entscheidung über die Einberufung des Reichstages nicht fallen wird. Zwar würde eine solche Entscheidung die Unklarheit vergrößern, sie würde aber die Möglichkeit geben, alle Möglichkeiten in weiteren Verhandlungen mit den Parteien auszunutzen.

In seiner Nachmittagsrede hat der Reichskanzler auch mit Vertretern der Deutschnationalen und Nationalsozialisten gesprochen. Die Deutschnationalen hatten schon vor der Besprechung eine Erklärung abgegeben, die besagte, daß sie zu keinen Konzeptionen an das Kabinett bereit seien und nicht Abänderungen, sondern Aufhebung der Reichsregierung, weiterhin Rücktritt der Regierung und Neuwahlen in Preußen verlangten.

Diese Besprechungen hatten nach der ganzen Haltung der beteiligten Parteien nicht den Zweck, sie für das Kabinett zu gewinnen, sondern sie sollten einer allgemeinen Unterstreichung der Doppelmoral, vor allem auch durch die Reichsbankpräsidenten Dr. Kaizer, dienen, um die Oppositionsparteien darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen sich für die Reichsliste, für die Kreditverhältnisse und damit für die Umlaufverhältnisse des Reichs im Fall einer politischen Krise ergeben würden.

Schaffung eines internationalen Minderheitenrechts

Es ist zu beantragen, das für alle Staaten Europas verbindlich und unter der Schutzhoheit des Völkerrechts stehen soll, daß diese auch das Recht habe, ohne besonders bei ihm vorgebrachte Klagen gegen die Verletzung der Minderheitenrechte einzuschreiten.

Die völkerrrechtliche Seite der Jullianfrage behandelte Fußgänger Dr. Veldorf-Wien und der bürgerlichsozialistische Bundeshausminister Czefer. Reichstagspräsident Vöde sprach am Sonntag nachmittag in einer öffentlichen Kundgebung über den Anschlag.

„Die Völker Rumaniens“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BUKAREST, 15. JUNI

Das neu gewählte Parlament trat heute zusammen, um die Thronrede des Königs zu hören. Außer den Sozialdemokraten und den Kommunisten waren alle Abgeordnete anwesend. In der Rede des Königs wurde eine Stelle mit besonders starkem Beifall aufgenommen, in der er — zum erstenmal — von den in Ost-Rumänien lebenden „Völkern“ sprach, an deren Spitze die rumänische Nation stehe.

Was soll der Bürger?

Von DR. MORITZ GOLDSTEIN

Man rehet noch von Bürger, es gibt in der Politik noch bürgerliche Parteien. Aber wie steht es heutzutage mit dem Bürger, mit dem Bürgerum und der Bürgerlichkeit?

Die Not frisst an der Gerechtigkeit, wir sehen und erleben es seit vielen Jahren. Der Kreis derer, denen noch der bürgerliche Lebensstil möglich ist, wird kleiner und kleiner. Ausland hat seinen Bürger verdrängt. Der deutsche Bürger behauptet sich noch, insofern nicht ohne Staatlichkeit. Aber er ist bedroht. Wie es ihm gehen wird, weißt keine Seele.

Der Bürger hat gegen sich den Spott der Jugend. Sie verachtet in ihm den Vorkämpfer, die für die Freiheit, und sie pocht darauf. Seit jeder durch Jugend gegen Alter, Neues gegen Altes, Gemeines, Ungeduldigkeit gegen Eitel, Anspruch des Einzelnen gegen Willst der Gemeinlichkeit. Aber weil heutzutage Jugend überhäufig ist, so wird auch das Gewicht ihres Widerstandes übermäßig. Früher lädelte das Bürgerum die Jugend um, heute fürchtet es sich vor ihr.

Gegen das Bürgerum hat sich erhoben, schon lange vor dem Krieg, das Proletariat, geküßt nicht nur auf seine Massenhaftigkeit, sondern auch auf eine Theorie. Sie hat den Proletariat gelehrt, in dem Bürger den Ausbeuter zu sehen. Er steht gegen den Bürger im Klassenkampf. Der Krieg wird mit Erbitterung geführt, das Proletariat hat ungeheure Erbitterung gewonnen, der Bürger ist ungewiß. Als neuer Feind gestellt sich zum Proletariat der Mediarabikanismus, der, ebenfalls wie das Proletariat, Schlagworte, die ihm weitestgehend sein sollen, aufgreifen hat, mit dem Ergebnis, daß eine nie für möglich gehaltene Bevölkerung ehemals bürgerlicher Kreise eintritt.

Das Bürgerum, von so vielen Seiten angegriffen, beginnt zu wanken. Es steht vor der größten Gefahr, die ihm drohen kann: das Vertrauen zu sich zu verlieren und sich selber aufzugeben. Das wäre der Untergang.

*

Wo beginnt die Bürgerlichkeit? Bei dem ausreichenden Einkommen, bei der Vier-Zimmer-Wohnung, bei der Hausangestellten? Noch lange nicht. Wichtig deutend? Das gehört dazu und spielt etwa die Rolle einer Uniform. Aber die Uniform allein bewirkt nichts. Mit Uniformen kann Schindlbeck getrieben werden.

Die brennen Einwohner von Schöppensfließ, die am Tage ihre Gewinnen losen, ihre Ährte kopfen, ihr Bier brauen und abends am Stammtisch hängen, die haben es nicht. Auch nicht, wenn der Arzt und der Notar und der Bürgermeister selber unter ihnen sitzen. Bürger, das bedeutet bei ihnen nur: Stadtbewohner.

Aber abseits, für sich im Abentei, haben zwei sich die Röhre heiß. Der Schulmeister und der Apotheker. Es streiten sich, ob Nietzsche's Lehre vom Uebermenschen gegen Kant's Lehre vom Sittengehäß beauptet werden kann. Zu gleicher Zeit belächelt sich einer der Direktoren der medizinen Aberteer zuhause in seinem Sessel unter der Lampe mit Hilfe einer Lupe an Wärrerischen Stücken. Dieser Kunstmeister und jene Fremde der Weisheit, die haben es.

Es begegnet einem wohl, daß ein selbstbewußter Student einem dreißig fünfzig Jahre alten bespaßten: Goethes Wilhelm Meister könne er nicht mehr lesen, diese Prosa ist veraltet. Was ist diesem Studenten zu erwidern? Goethes Prosa ist nicht mehr unsere Prosa; aber es ziemt sich, in Goethes Prosa zu eingeleitet zu sein, daß sie einem nicht veraltet vorkommt. Das wäre ja nach schäfer, wenn jede neue Jugend das Recht hätte, die schriftstellerischen Meister, die vor ihrer Zeit aufgetreten sind daraufhin zu prüfen, ob sie sich des Jargons bedienen, den die Leser in ihren Büchern, Wars und Störpflügen zu hören und zu reden gewohnt sind, und sie danach anzuerkennen und zu verwerten. Man muß im Zusammenhang mit der Vergangenheit leben können, man muß so leben wollen, und das seinige dazu tun. Sonst lebt man wie die primitiven Völker, wie die Tiere, vor heute zu heute, traditionlos.

Auf die Tradition aber kommt es an. Mit der Tradition beginnt die Bürgerlichkeit. Von der Tradition hergehen wir, die wir uns zum Idealismus der Bürgerlichkeit bekennen, unsere Kraft, an der Tradition erkennen wir einander, für die Tradition haben wir Opfer gebracht und sind wir bereit, Opfer zu bringen.

Denn wir verteidigen, hagen und pflegen eine feste Tradition. Sie steht da als ein tragender, hartstammiger, breittwärtiger Baum, der zu seiner Zeit in Blüten prangt und vom Früchten froht. Seine Ährte steht er aus unbewachten Tiefen. Wo aber die Bürgerlein erkennbar werden, da

Deutsch-österreichische Zusammenarbeit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 15. JUNI

Die Reichstagsung des Deutsch-österreichischen Volksbundes wurde am Sonntag und Sonntag in Ostwieh abgehalten. Dem Ort der Tagung gemäß fand im Programm neben der Behandlung der Deutsch-österreichischen Jullian die Minderheitenfrage, die beide Länder in gleichem Maße immer wieder beschäftigen muß.

Stellvertretender Dr. Müller-Berlin gab einen Ueberblick über das Schicksal künftiger Minderheiten. Von den schlimmsten Verhältnissen in Estland ausgehend, wo über eine Viertel Million deutscher Kinder keine deutschen Schulen habe, behandelte die die Agitation der Polen und der Tschechen und Estländer, was dann auf die erfreuliche Tatsache der kulturellen Autonomie der Deutschen in Lettland und Estland hin und auf die wesentlichen Fortschritte, die man in den letzten Jahren im besonders minderheitsfeindlichen Jugoslawien erlangt habe.

Die Tagung nahm schließlich eine Resolution an, in der die Reichsregierung angeregt wird, beim Völkerverband in gemeinsamen Vorgehen mit der Österreichischen Regierung die